

Kein Psychologie-Bachelor Studium in Klagenfurt!?

Stellungnahme von Christiane Spiel, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Psychologie

Das Rektorat der Universität Klagenfurt hat beschlossen, zwei Jahre keine Bachelor-Ausbildung in Psychologie anzubieten. Damit hat es auf die katastrophalen Betreuungsverhältnisse reagiert. Offensichtlich stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung um eine adäquate Aufstockung der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen am Institut für Psychologie vorzunehmen.

Die Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Psychologie (ÖGP) hält dies für einen sehr mutigen Schritt. Während jedem klar ist, dass z.B. eine Seilbahn nur eine gewisse Personenmenge pro Zeiteinheit befördern kann, scheint es offensichtlich nur schwer nachvollziehbar, dass analoge Bedingungen auch für Studien gelten. Bei gleichem Personalstand können nicht 5- oder 6-fache Studierendenzahlen qualitativ ausgebildet werden. Die Entscheidung des Rektorats dient somit dem Schutz sowohl der Studierenden, die ihr Studium unter besseren Bedingungen fortsetzen können, als auch der Lehrenden, die mehr Zeit für die Studierenden sowie für Forschung haben.

Auf der anderen Seite bedauert Christiane Spiel jedoch auch diese Entscheidung des Rektorats. Studieninteressierte, die aus geographischen Gründen oder wegen des Forschungs- und Lehrprofils an der Universität Klagenfurt Psychologie studierenden wollen, werden dies in den beiden kommenden Jahren nicht tun können. Als Konsequenz sind einerseits ein höherer Andrang an den anderen Standorten und andererseits Verdrängungseffekte zu befürchten, d.h. ein Wechsel zu benachbarten Fächern wie z.B. Soziologie oder Erziehungswissenschaften. Ähnliche Effekte werden als Konsequenz der Aufnahmeverfahren im Medizinstudium bereits beobachtet: Die Studierendenzahlen in Biologie und Pharmazie sind massiv gestiegen. Sofern auch hier Maßnahmen gesetzt werden (z.B. Aufnahmeverfahren oder eine Sistierung des Studiums) wird sich daraus eine Kaskade von Verdrängungseffekten ergeben. Das ist wohl nicht das Ziel von Bildungspolitik.

Bildung und Forschung sind die zentralen Zukunftsthemen. Sie erfordern mutige, klare und evidenzbasierte Entscheidungen, nachhaltige Strategien und entsprechende Finanzierung. Die ÖGP ist gerne bereit hier verantwortlich mitzuarbeiten.